

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

**Doppelt zahlen?!
Schluss damit!**
von Reinhard Wegelin

Seite 2

Kanton Zürich

**Rückkehr zum
politischen Alltag**
von Barbara Grüter

Seite 3

Aktuell

**Für den Erhalt unserer
schönen Schweiz**
von Christoph Blocher

Seite 5

Parlamentsgemeinden

**Tempo 30 nur mit der
Zustimmung des Volkes**
von Patrick Walder

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

**Raclette-
Plausch mit der
SVP Volketswil**

Seite 8

DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN BAUMA

Klarer Kurs: Abstimmungsparolen gefasst und bereit für die Wahlen

Am Donnerstag, 8. Januar 2026, trafen sich rund 180 Delegierte der SVP des Kantons Zürich zur ersten Delegiertenversammlung des neuen Jahres in Bauma.

Bereits ab 18.30 Uhr bot das traditionelle Vorprogramm Gelegenheit zu Austausch und Geselligkeit, musikalisch begleitet von der Harmonie Bauma. Kantonsrat und Bezirksparteipräsident Paul von Euw begrüßte die Anwesenden sodann herzlich.

Standortbestimmung zum Jahresauftakt

Kantonsrat und Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber eröffnete die Versammlung mit einer Standortbestimmung, in der er die politischen Herausforderungen des neuen Jahres einordnete – von den anstehenden Gemeindewahlen über den fortschreitenden staatlichen Ausbau und europapolitische Weichenstellungen bis hin zu den kantonalen und nationalen Wahlen 2027. Im Zentrum der DV standen im Anschluss die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 8. März 2026.

Bargeld-Initiative: Freiheit bewahren

Nationalrat Mauro Tuena erläuterte die Initiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)». Er betonte die Bedeutung von Bargeld

als Ausdruck persönlicher Freiheit, staatlicher Zurückhaltung und finanzieller Eigenverantwortung: «Die sichere Versorgung mit Bargeld in Schweizer Franken muss gewährleistet bleiben.» Die Delegierten unterstützten sowohl die Initiative einstimmig als auch den Gegenentwurf grossmehrheitlich. Stichfrage: Initiative.

Klimafonds-Initiative: Ineffektiv und ideologisch

Danach führte Nationalrätin Nina Fehr Düsel in die Klimafonds-Initiative («Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit

«Die sichere Versorgung mit Bargeld muss gewährleistet bleiben.»

und Umwelt») ein. Die Initiative würde einen milliarden schweren staatlichen Umverteilungsapparat schaffen – ohne jeglichen realen Nutzen. Ihr Fazit war eindeutig: «Klimaschutz ja, aber mit Augenmass und Verantwortungsbewusstsein – nicht mit noch mehr Subventionsverwaltung aus Bern und kostspieliger Klimabürokratie zulasten der Bevölkerung und Wirtschaft.» Entsprechend fiel der Entscheid einstimmig aus: NEIN.

Individualbesteuerung: Kompliziert und teuer

Nationalrat Benjamin Fischer und FDP-Kantonsrätin Sarah Fuchs debattierten

über das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung. Trotz verständlicher Anliegen in spezifischen Fällen sah die Versammlung grossen administrativen Aufwand bei geringem Nutzen – so etwa hinsichtlich rund 1,7 Millionen zusätzlicher Steuererklärungen. «Die Vorlage bedeutet höhere Steuern für den Mittelstand, massiven Bürokratieausbau und die Entwertung traditioneller Familienmodelle», so Fischer. Die Delegierten folgten ihm und beschlossen mit überwältigender Mehrheit die NEIN-Parole.

SRG-Initiative: 200 Franken sind genug!

Nach einer kurzen Pause wandte sich die Versammlung der SRG-Initiative zu. Diese verlangt eine Senkung der TV- und Radiogebühren für jeden Haushalt auf 200 Franken pro Jahr sowie deren Streichung für Unternehmen. Nationalrat Gregor Rutz argumentierte, dass Medienvielfalt Freiheit statt Zwangsgebühren bedinge und die heutige SRG-Struktur überdimensioniert, teuer und politisch zunehmend einseitig sei. Sein Plädoyer: «Mit einem JA bleibt allen Haushalten mehr Geld zum Leben.» Der Beschluss der JA-Parole fiel einstimmig aus.

Warum Gemeinden starke SVP-Vertreter brauchen

Sodann richtete Alt Bundesrat Ueli Maurer in einem pointierten und humorvollen Referat den Blick aufs Lokale: «Gerade in den Gemeinden entscheidet sich, ob Politik und Verwaltung bürgernah



Trotz Schnee und Kälte fanden viele den Weg nach Bauma. Bild: SVP Kanton Zürich

bleiben oder zum Selbstzweck werden.» Er rief dazu auf, auch auf kommunaler Ebene Verantwortung zu übernehmen

«Mit einem JA zur SRG-Initiative bleibt mehr Geld im Portemonnaie zum Leben.»

und den gesunden Menschenverstand hochzuhalten – für eusi Lüüt!

Informationen aus Wahl- und Findungskommissionen

Kantonsrat Patrick Walder, Präsident der Wahlkommission, informierte über die organisatorischen Aufgaben und zeigte auf, wie die Kantonalpartei die Sektionen im laufenden Wahlkampf

unterstützt. Mit Blick auf die nationalen Wahlen 2027 stellte Roger Liebi als Präsident der Findungskommission die Ehrencharta und Grundsätze vor und gab Einblicke in die Verpflichtungserklärung für die Kandidierenden. Die Delegierten nahmen die Ehrencharta sowie die Grundsätze einstimmig ab.

Fazit: Geschlossen ins neue Jahr

Die Delegiertenversammlung in Bauma zeigte eine geschlossene Partei mit klarem Profil: gegen neue Abgaben und unnötige staatliche Eingriffe, für Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung. Motiviert durch den erfolgreichen Jahresauftakt richtet die SVP des Kantons Zürich den Fokus nun voll und ganz auf die kommenden Gemeindewahlen und Abstimmungen im März.



Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach

Welche Auswirkungen haben die EU-Verträge auf unsere Schweizer Demokratie?

Wichtig und spannend!

Nationalrätin Barbara Steinemann, Präsidentin der Rechtskommission, **Nationalrat Gregor Rutz**, Vizepräsident der Staatspolitischen Kommission, sowie **Kantonsrat Urs Wegmann** informieren Sie über die Auswirkungen der EU-Verträge auf die Schweizer Verfassung, unsere Behörden und die demokratischen Abläufe und fragen:

- Was bedeutet die «dynamische Rechtsübernahme?»
- Sind Volksinitiativen noch möglich?
- Welchen Einfluss hat die Bundesversammlung auf die europäische Gesetzgebung?

Informationsabend Vertragspaket EU/Schweiz

Datum: 21. Januar 2026
Uhrzeit: Ab 19.30 Uhr
Ort: Weinhandlung Wiesendanger
Im Berg 3
8475 Ossingen



Christoph Mörgeli

Die neuen Nein-Sager

Eigentlich wäre es der linken «Wochenzeitung» nach der Befreiung Venezuelas von Diktator Maduro gut angestanden, ihre jahrelangen Sympathien zu linksfaschistischen Unterdrückern in Südamerika kritisch aufzuarbeiten. Stattdessen befasst sich Kaspar Surber, der ideologische Hauddegen des Blattes, mit der Schweizer Innenpolitik. Genauer: mit den 2026 bevorstehenden Volksabstimmungen.

«Das Jahr des grossen Nein», betitelt Surber seinen Kommentar. Im Frühling, Herbst und Winter stünden gleich drei Abstimmungen über drei SVP-Initiativen an, nämlich die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!», die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» sowie die Neutralitätsinitiative. Zu alledem gibt es laut «Wochenzeitung» nur eine Antwort: das «grosse Nein».

Es ist amüsant: Einst verteuflerte die Linke die SVP als sture «Nein-Sager-Partei». Heute ist die SVP die Partei der Ja-Sager. Dabei könnten die drei SVP-Initiativen den Linken durchaus zu denken geben. Der überfütterte, zwangsbekanntlich finanzierte Staatsmoloche SRG konkurriert schamlos sämtliche Privatmedien, auch die «Wochenzeitung». Die früheren Linkspazifisten sollten die neutralitätswidrige Kriegslüsterheit des Bundesrates nicht noch befeuern. Die Rot-Grünen könnten sich überlegen, ob die Zubetonierung der Landschaft so problemlos ist. Oder die steigende Arbeitslosigkeit wegen der Massenzuwanderung, unter der vor allem die weniger privilegierte Bevölkerung leidet. Doch all das sei «herbeigeschrieben», behaupten die Nein-Sager.

Die einst für grosse Veränderungen und Umwälzungen kämpfende Linke bietet das erstaunliche Bild einer starr und unbeweglich das Bisherige verteidigenden Trutzburg. Solange man zu den Problemen Nein sagen kann, gibt es offenbar keine Probleme. Heute sind hierzulande die Konservativen die Innovativen und Vorwärtsschreitenden. Die ehemals Progressiven hocken nur noch faul und fett auf ihren Besitzständen. Auch die linken Journalisten verkalken und verknöchern. Sie liefern keine Berichtserstattung. Sondern nur noch Berichtbestattung.

UNTAUGLICHE BUNDESGERICHTSREVISION

Verkennung der Probleme des Bundesgerichtes

Kurz vor Weihnachten wurde eine aus dem Departement von Bundesrat Beat Jans stammende Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) der Bundesversammlung zugeleitet. Diese – «kleine Bundesgerichtsrevision» genannt – strotzt von Nebensächlichkeiten. Die echten Probleme werden vernachlässigt.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Fast jedermann weiss, dass das schweizerische Bundesgericht überlastet ist. Es findet kaum Zeit, um Grundsätzliches zu entscheiden. Die Verfahren dauern viele Monate oder noch länger. Im vergangenen Dezember veröffentlichte das Gericht, dass am selben einzigen Tag die Rekordzahl von 114 Entscheiden gefällt worden sei. Für ein höchstes Gericht schlechthin unannehmbar.

Wenn man die beantragte Revision des Bundesgerichtsgesetzes inhaltlich durchsieht, so finden sich weitgehend Nebensächlichkeiten: spitzfindige redaktionelle Korrekturen, Präzisierungen bei der Vertretung von Kindern und von Bundesämtern, Verbesserungen von Verfahren bei internationalen Kindsentführungen, Zustellung von Strafsentscheiden an die Opfer, Regelung der Gerichtskosten bei hohen Streitwerten, Probleme bei Stimmrechtsbeschwerden usw.

Flucht in Nebensächlichkeiten

Alles schöne Details, die jedoch kaum zur Lösung der echten Probleme beitragen vermögen. Derweil sucht man vergebens nach Vorschlägen zur Lösung von wirklichen Problemen. Ist es

sinnvoll, dass jeder Strafsentscheid ans höchste Gericht weitergezogen werden kann mit dem Ziel, allenfalls die Verjährung zu erreichen? Macht es Sinn, das höchste Gericht mit einer Schuldbetreibungs- und Konkursrecht-Rechtsöffnung in einem kleinen Betrag zu behelligen? Macht es Sinn, im Asylbereich eine Vielzahl von Fällen bis ans Bundesgericht zu ziehen?

Wenn man die täglich vom Bundesgericht publizierten Entscheide im Einzelnen durchsieht und eine kleine private Statistik macht, so ergibt sich, dass mindestens ein Drittel der Fälle mit der übermässigen Zuwanderung in die Schweiz in Zusammenhang steht. Die Kriminalität, straffällige Ausländer und das Asylwesen stechen hervor.



Die Kriminalität, straffällige Ausländer und das Asylwesen beschäftigen das Bundesgericht schwer.

Bild: Adobe Stock

POLITIK NIMMT KRITIK AN DER SRG NICHT ERNST

Verfassungswidrige Gebühren-Doppelbelastung

Die eidgenössische Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» will die Abgabe für Radio und Fernsehen für Haushalte von heute 335 auf 200 Franken reduzieren und Unternehmen und Gewerbe vollständig von der Abgabepflicht befreien.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

«Doppelt zahlen?! Schluss damit.» Mit dieser Parole hat der Schweizerische Gewerbeverband seine Kampagne für die SRG-Initiative und gegen die Doppelbesteuerung von KMU und Privaten gestartet. Diese ist klar verfassungswidrig. Über das Volksbegehren wird am 8. März 2026 abgestimmt.

Immer weniger Geld zum Leben

Steigende Krankenkassenprämien, steigende Mieten, steigende Strompreise, steigende Lebensmittelpreise als Folge der exorbitanten Zuwanderung. Immer mehr Familien bleibt am Monatsende

immer weniger Geld zum Leben. Gleichzeitig müssen aber alle Haushalte 335 Franken pro Jahr für Fernsehen und Radio zahlen, unabhängig davon, ob sie diese überhaupt nutzen oder nicht.

Sachlich nicht begründbar

Mit diesem Zwangsgebühren-Irrwitz bezahlt die Bevölkerung in der Schweiz heute die höchsten Radio- und Fernsehgebühren weltweit. Alle Haushalte zahlen gleich viel. Es spielt keine Rolle, ob es sich um einen Einpersonenhaushalt, einen Paarhaushalt oder eine Wohngemeinschaft mit mehreren Personen handelt. Damit werden Singles stärker belastet als Personen, die in Haushalten mit zwei oder mehr Personen wohnen. Im Jahr 2024 wurden in der Schweiz 1,51 Millionen Einpersonenhaushalte gezählt, das sind 37 Prozent aller Haushalte in der Schweiz. 1,51 Millionen Alleinlebende müssen eine höhere Abgaben-

last tragen als Personen, die in Haushalten mit zwei oder mehr Personen leben. Diese sachlich nicht begründbare Mehrbelastung der Alleinlebenden wird mit der Initiative reduziert.

SRG-Formate immer unbeliebter

Die SRG-Gebühren müssen der Realität entsprechen und man muss letztlich den Fakt, dass immer weniger Menschen SRG-Formate konsumieren, berücksichtigen. Besonders die Jungen streamen heute und konsumieren verstärkt Netflix, Amazon und vergleichbare Angebote. Es ist nicht ersichtlich, wieso sie heute jährlich 335 Franken pro Haushalt für Formate zahlen sollen, welche sie kaum bis nie konsumieren.

Kritik wird nicht ernst genommen

Weitgehend nicht ernst genommen wird die inhaltliche Kritik an der SRG. In der unabhängigen Beschwerdeinstanz

UBI geben sich ehemalige Journalisten und SRG-Freunde die Klinke in die Hand. Die SRG selbst, beraten von der europäischen Werbeagentur furrerhugi, versucht nun vor der Gebührenabstimmung plötzlich, angeblich gehorsame SVP-Politiker in den Verwaltungsrat und andere Gremien zu holen. Dazu wird mit der endlosen Übertragung von Schwingfesten und Landfrauen-Kochsendungen gut Wetter gemacht. Und SRG-Chefin Susanne Wille gibt sich larmoyant. Die Initiative wolle die SRG «kaputt» machen, liess sie kürzlich verlauten.

Völlig willkürliche UKW-Abschaltung

Einer der grössten Fehler passierte Wille mit der willkürlichen UKW-Abschaltung, indem sie die Versorgungssicherheit mutwillig aufs Spiel setzte. Der UKW-Ausstieg der SRG am 31. Dezember 2024 führte zu einem Rückgang von 14 Prozent bei den Radiohörerzahlen. National- und Ständerat haben inzwischen beschlossen, UKW nochmals verlängern zu wollen, worauf die SRG angekündigt hat, eine Rückkehr zur analogen Verbreitungstechnik zu prüfen. Wenn man schon die Kosten von UKW auf 15 Millionen Franken festlegt, sollte man nicht auch einmal die horrenden Kosten von DAB und DAB+ genau beziffern? Solche fehlerhaften Entscheide sind wohl nur unter dem geschützten Dach der Zwangsgebühren möglich.

Unredlicher Verleger-Deal

Unredlich ist auch der umstrittene Deal zwischen der SRG und dem Verband Schweizer Medien (VSM). In diesem verpflichten sich die Verleger, die Gebührensfinanzierung der SRG zu unterstützen und gegen die SRG-«Halbierungsinitiative» zu kämpfen, während diese im Gegenzug ihre Online-Angebote zurückfahren. Mit anderen Worten: Die Medien und ihre Verleger verzichten auf eine kritische Auseinandersetzung mit der SRG.



Es braucht eine offene Debatte über die Leistungen des Senders:

Auch 200 Franken müssen reichen, um in allen Landesteilen eine mediale Grundversorgung sicherzustellen.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Frohes neues Jahr 2026

Der Kantonsrat tagte das erste Mal im neuen Jahr und nach den Glückwünschen und den wichtigsten Mitteilungen begrüßten wir ein neues Mitglied der FDP-Fraktion als Ersatz für den ausgeschiedenen Christian Müller. Das Amtsgelübde abgelegt hat Thomas Huber, Rümlang.



Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbass

Traurig und dramatisch hat das neue Jahr begonnen und fassungslos schaute die ganze Welt nach Crans-Montana. Die Brandkatastrophe von Crans-Montana in der Silvesternacht ist vielen sehr nahe gegangen und hat sehr bewegt. Es ist eine Katastrophe, welche die Schweiz kaum je erlebt hat. Sie erschüttert uns wegen der hohen Anzahl Toter und Verletzter und sie erschüttert auch, weil man sich bewusst wird, wie leicht man selbst hätte betroffen sein können – persönlich, als Eltern, Verwandte oder Freunde.

Der Ratspräsident hat im Namen des Kantonsrates Zürich den Angehörigen der Betroffenen sein herzliches Beileid, den Verletzten rasche Gene-

sung und allen Beteiligten vor Ort, die unter schwierigsten Bedingungen Hilfe geleistet haben, seinen Dank ausgesprochen. Der Kantonsrat hat in einer Schweigeminute allen Opfern gedacht.

Rückkehr zum politischen Alltag

Zu Beginn lagen zwei Einzelinitiativen vor. Adolf Flüeli aus Winterthur forderte, beim Bund sei eine Standesinitiative zur adaptiven Optimierung der Verkehrsflächen und der baulichen Engpässe im Milchbuckeltunnel einzureichen. Die nötigen 60 Stimmen zur Überweisung kamen aber nicht zustande. Die SVP begrüßte den Einsatz des Initianten in dieser Sache, konnte aber die Einzelinitiative aus politischen und verkehrstechnischen Gründen ebenfalls nicht unterstützen.

Dietrich Weidmann aus Uster forderte in einer weiteren Einzelinitiative, dass in allen öffentlich zugänglichen Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben im Kanton Zürich für Leistungen bis

zu einem Betrag von 3000 Franken Bargeld als Zahlungsmittel akzeptiert werden muss. Auch hier kamen die 60 Stimmen nicht zusammen.

Weiter hat der Kantonsrat das dringliche Postulat 358/2025 betreffend «Humanitäre Hilfe für Kinder» von GLP, Mitte und EVP mit 95 zu 73 Stimmen dem Regierungsrat überwiesen. Die SVP unterstützte dies vor allem aus staatspolitischen Gründen nicht. Internationale und humanitäre Hilfe und Entwicklungsarbeit liegen klar in der Zuständigkeit des Bundes. Die Schweiz beteiligt sich bereits heute mit Milliardenbeträgen. Der Kanton Zürich ist weder zuständig noch geeignet, dazu parallele und dauerhafte Auslandshilfen aufzubauen. Solche Parallelstrukturen schwächen die Kompetenzordnung und werfen Verantwortungsfragen auf. Das Postulat verlangt jährlich wiederkehrende Zahlungen von fünf Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die SVP/EDU-Fraktion steht zur humanitären Verantwortung der Schweiz, steht aber auch zur klaren Aufgabenverteilung, der finanzpolitischen Verantwortung und zu wirksamer, kontrollierter Hilfe. So lehnte sie auch aus denselben Gründen das Postulat 257/2025 «Humanitäre Soforthilfe zur Behandlung von verletzten Kindern aus Gaza» ab.

Das eigentliche Highlight

Geplant war die Debatte des Bildungsgesetzes, was einige Zuschauer in den Ratssaal und auf die Tribüne lockte. Bereits im November vergangenen Jahres wurde die Eintretensdebatte geführt. Nun ging es weiter mit der Detailberatung. Behandelt wurden aber die §§ 16 und 17. Der Rat ist dabei den Anträgen der Kommission gefolgt. Die Beratung wird nun erst in der kommenden Woche fortgesetzt, da an diesem Vormittag noch die Verleihung des Zürcher Zukunftspreises anstand. Der Kantonsrat vergab zum zweiten Mal überhaupt einen Preis für herausragende Leistungen in Sachen Politik, Gesellschaft oder nachhaltige Entwicklung. Mehr dazu lesen Sie im Kommentar von Urs Waser nebenan.



Der Kantonsrat tagte am vergangenen Montag erstmals im neuen Jahr.

Bild: Parlamentsdienste Kanton Zürich

FAKTENSEITE DER SVP DES KANTONS ZÜRICH



Fakten zum Asylchaos:
svp-zuerich.ch/fakten/

WORTE DES PARTEIPRÄSIDIUMS DER SVP DER STADT ZÜRICH

Am 8. März gilt's ernst: Meine Rezepte für Zürich

Am 5. Januar, also am ersten Arbeitstag des Jahres, haben wir mit der SVP der Stadt Zürich unseren Wahlkampf zu den Gemeinde- und Stadtratswahlen vom 8. März eröffnet. Die Stadt steht vor zahlreichen Herausforderungen, die allesamt auf die linksgrüne Misswirtschaft und die masslose Zuwanderung zurückzuführen sind. Als Kandidat für den Stadtrat und das Stadtpräsidium möchte ich die Bevölkerung in den nächsten beiden Monaten von meinen Rezepten überzeugen, wie ich diese Herausforderungen angehen werde.

Die Stadt Zürich kann nicht unbegrenzt weiterwachsen

Die Stadt muss wieder zu einem massvollen Wachstum zurückfinden. Die regulatorischen Hürden beim Bauen müssen gesenkt werden, damit Wohnungen günstiger und schneller entstehen können. Gleichzeitig müssen aber auch die Ursachen des Wachstums bekämpft werden. Als Stadtpräsident würde ich mich auf Bundesebene für eine Begrenzung der Zuwanderung und gegen die Annahme der EU-Verträge einsetzen, denn diese Forderungen brennen auch einem

grossen Teil der städtischen Bevölkerung unter den Nägeln. Ausserdem würde ich mich für einen Inländer-vorrang bei der Vergabe von Wohnraum einsetzen, so wie es unsere kantonale SVP-Heimatinitiative fordert.

Schluss mit der Anti-Auto-Politik der Stadt

Die Strasse ist für alle da: Autos, Velos, ÖV und Fussverkehr. Die einseitige Benachteiligung des Autos ist nicht zielführend. Als Mitglied der Stadtregerung würde ich mich für pragmatische Lösungen einsetzen: Park & Ride am Stadtrand, erschwingliche Tiefgaragenplätze in den Quartieren, sinnvolle Umfahrungen und Tunnelbauten in der Peripherie. Von der rotgrünen Mehrheit in der Stadt Zürich ist solcher Pragmatismus nicht zu erwarten – das muss sich ändern.

Zürich muss eine lebenswerte und sichere Stadt bleiben

Zürich darf nicht zur Bronx werden. Dafür muss das Polizeikorps aufgestockt und die Wertschätzung für unsere Polizistinnen und Polizisten erhöht werden. Als Stadtpräsident werde ich den Sicherheitsbehörden

bedingungslos den Rücken stärken, damit diese im Einsatz zukünftig wieder härter durchgreifen können. Die Devise ist klar: Nulltoleranz bei unbewilligten Demos, Sachbeschädigungen und Vandalismus. Auch die prekäre Situation mit der offenen Drogenszene rund um die Bäckeranlage verlangt harte Massnahmen: konsequentes Durchgreifen bei Beschaffungskriminalität, Verhindern von Drogenkonsum in der Öffentlichkeit und Wegweisung von auswärtigen Drogenkonsumenten.

Ich spüre in der Bevölkerung einen grossen Unmut über all diese Missstände und ich bin überzeugt, dass sich ein grosser Teil der Zürcherinnen und Zürcher einen Wechsel wünscht. Am 8. März geht es um nichts weniger als die Zukunft unserer schönen Stadt – packen wir's an!



von
Ueli Bamert

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Zürcher Zukunftspreis: Würdigung von Innovation und Engagement im Kanton Zürich



Urs Waser
Kantonsrat SVP
Langnau am Albis

Der Zürcher Zukunftspreis ist mehr als nur ein symbolischer Akt – er steht für die Anerkennung von Projekten, die das Potenzial haben, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Kanton zukunftsgerichtet zu prägen. In der jüngsten Sitzung des Zürcher Kantonsrats wurden erneut zwei Initiativen ausgezeichnet, die auf ganz unterschiedliche Weise zur Stärkung unseres Standorts beitragen.

Den mit 40 000 Franken dotierten Hauptpreis erhielt in diesem Jahr der Verein Discuss it. In einer Zeit, in der die Leute nicht mehr wagen, das zu sagen, was sie denken, setzt Discuss it ein wichtiges Zeichen: Der Verein fördert an Schulen und öffentlichen Veranstaltungen den respektvollen Austausch zu politischen Themen. Besonders hervorzuheben ist die strikte politische Neutralität, mit der Discuss it agiert. Hier wird nicht indoktriniert, sondern informiert und zur eigenen Meinungsbildung angeregt. Gerade für junge Menschen, die ihre ersten Schritte in einer politischen Meinungsbildung machen, ist

dieses Engagement von unschätzbarem Wert. Es stärkt das Fundament unserer Demokratie und trägt dazu bei, dass die nächste Generation Verantwortung übernimmt – sachlich, informiert und offen für den Diskurs.

Mit dem Anerkennungspreis, verbunden mit 10 000 Franken, wurde die Raptrac AG geehrt. Ihr Beitrag zur nachhaltigen, ökologischen Landwirtschaft verdient besondere Beachtung. Das Unternehmen hat innovative Technologien entwickelt, die es Landwirten ermöglichen, ressourcenschonender und effizienter zu arbeiten. Die Raptrac AG zeigt, wie unternehmerischer Erfindergeist und ökologische Verantwortung Hand in Hand gehen können. Solche Lösungen sichern nicht nur die Zukunft unseres ländlichen Raums, sondern stärken auch die regionale Wertschöpfung.

Die diesjährigen Preisträger stehen exemplarisch für zwei zentrale Herausforderungen unserer Zeit: die Bewahrung unserer demokratischen Kultur sowie die Sicherung nachhaltiger Lebensgrundlagen. Es ist ein Signal, dass Innovation, Engagement und Gemeinsinn in Zürich nicht nur anerkannt, sondern auch aktiv gefördert werden. Der Zürcher Zukunftspreis ist damit weit mehr als eine Auszeichnung – er ist ein Versprechen, unsere Zukunft mitzugestalten.



Discuss it (links) steht für gelebte Demokratie, die Raptrac AG fördert Innovationen für eine nachhaltige Landwirtschaft.

Bild: zVg

Ueli Bamert bei «Inside Paradeplatz»

Stadtpräsidiumskandidat Ueli Bamert durfte sich im bekannten Blog «Inside Paradeplatz» mit dem Journalisten Lukas Hässig über seine Stapi-Kandidatur, seine politischen Schwerpunkte und seinen Werdegang unterhalten.

Hier geht's zum Video:



«Zürich ist am Explodieren, so kann es nicht weitergehen.»

Bild: zVg

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Breites und grosses Engagement in Bundesbern

In Henggart blickte Nationalrätin Therese Schläpfer im Rahmen eines gut besuchten Polit-Lunchs auf die vergangene Session in Bern zurück.

RoMü. Den ersten diesjährigen SVP-Polit-Lunch im Bezirk Andelfingen eröffnete Vizepräsident Sven Kollbrunner mit durchaus besorgter Miene: «Plötzlich steht aufgrund der weltpolitischen Situation auch wieder in der Schweiz der Sicherheitsaspekt im Fokus.» Es geht hier gemäss Kollbrunner aber auch um die Souveränität der Schweiz. Zudem führt die extreme Schnelllebigkeit mit ihren sozialen Faktoren zu einer gefährlichen Entwicklung. Danach übergab er das Zepter der in Hagenbuch wohnenden ehemaligen Gemeindepräsidentin NR Therese Schläpfer.

Masslose Zuwanderung begrenzen

Sie wurde 2019 für die SVP in den Nationalrat gewählt. Vier Jahre später schaffte sie aber die Wiederwahl knapp nicht mehr und landete auf dem ersten Ersatzplatz. Nachdem der langjährige Nationalrat Fredi Heer im vergangenen Herbst überraschend verstarb, rückte sie wieder nach und nahm bereits an der vergangenen Wintersession teil. Am vergangenen Mittwochmittag blickte sie ohne Filter auf diese Session zurück. Diese stand ganz im Zeichen der Budgetberatung und der Nachhaltigkeitsinitiative, welche am 14. Juni zur Abstimmung kommen wird.

Der Start erfolgte mit den grossartigen Wahlen vom Freiburger Ratskollegen Pierre-André Page zum Nationalratspräsidenten und Guy Parmelin zum Bundespräsidenten. Mit Blick auf die anstehenden Abstimmungen ist die SVP gefordert. Denn im Herbst 2026 wird bereits auch über die Neutralitätsinitiative abgestimmt. «Nur falls das Parlament Hand für eine schnelle Abstimmung der Kompass-Initiative bietet, kann auch über diese, welche das Ständemehr für die bilateralen Verträge mit der EU fordert, im Juni 2027 abgestimmt werden», rief sie in Erinnerung. Doch vorerst richtet sich der Fokus auf die Volksabstimmung «Keine 10-Millionen-Schweiz!». «Seit 2002 ist die Schweiz um 1,5 Millionen Einwohner gewachsen. Dabei vermochte der Ausbau der gesamten Infrastruktur nicht mehr zu folgen. Es gibt einen Dichtestress. Für eine solche Zuwanderung braucht es mehr Zeit», rief Schläpfer in Erinnerung. Hier bietet die Initiative die Chance, die Zuwanderung analog zu jener wie bspw. in Kanada oder Australien gezielter zu steuern. Doch die eigenständige Steuerung der Zuwanderung ist der EU ein Dorn im Auge.

Unterwerfungsvertrag und Budget

Mit den vorliegenden neuen bilateralen Verträgen, welche in ihrer Gesamtheit als Unterwerfungsvertrag zu bezeichnen sind, ist die SVP sehr gefordert. «Wir hoffen, dass wir mit der Kompass-Initiative eine Aufsplitterung des Ver-

tragspaketes verhindern können», sagte Schläpfer. Keine Freude zeigte die Nationalrätin auch rückblickend über das verabschiedete Budget 2026. «Zwischen 1990 und 2026 sind die Bundesausgaben sehr unterschiedlich gewachsen. Im unteren Bereich nahmen diese für die Armee um 32 und für die Landwirtschaft um 45 Prozent zu. Hingegen ist der Aufwand für die soziale Wohlfahrt um 289 und für die Gesundheit um 187 Prozent gewachsen», stellte Schläpfer fest. Bezüglich des Gesundheitswesens forderte sie, dass man die Kosten in den Griff bekommen müsse. Nur so liessen sich auch die Belastungen der Bürger bremsen. Bei der sozialen Wohlfahrt belasteten die Sozialversicherungen und das Asylwesen die Bundeskasse sehr stark. «Die Linke will nun die Schuldenbremse aushebeln, um unter anderem noch mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben», zeigte sich Schläpfer besorgt.

Sparpotential sieht sie auch beim Bundespersonal. Seit 2007 sind zusätzliche 7262 Vollzeitstellen dazu gekommen, wobei der durchschnittliche Lohn bei 130 000 Franken liegt. Auch hier sieht sie in der linken Ratschiffte keine Ambitionen, um zu sparen, da diese laufend neue Stellen schaffen will.

Klares Bekenntnis zum Bargeld

Im kommenden März stimmt die Schweiz über die Bargeld-Initiative ab. Diese fordert, dass Bargeld mit Münzen und Noten erhalten bleiben muss. Dies erfolgt auch mit Blick auf die EU, welche ebenfalls eine Abschaffung von Bargeld im Auge hat. Schläpfer befürchtet, dass es dann dem Staat möglich sein wird, einfacher Geld von den Bürgern abzuschöpfen. Dass dies keine Utopie ist, zeigte sich vor einigen Jahren in Zypern. Sie verwies auf diesen Staat, in dem bei den Banken deponierte private Vermögen von über 100 000 Euro von der Regierung einfach abgeschöpft wurden, um die Staatskasse zu sanieren. Schläpfer appellierte für ein doppeltes JA, indem die Initiative sowie den Gegenentwurf annehmen soll.

Keine Freude zeigte Therese Schläpfer für das neue Bundesgesetz über die Individualbesteuerung, welches ebenfalls ein Thema an der Urne sein wird. Allein für die zusätzlichen Steuerklärungen sind 1700 Stellen nötig. Sie sieht in der Vorlage auch einen Angriff auf die traditionelle Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft. «Es braucht eine andere Lösung mit einem fairen Splitting», so ihre klare Forderung.

Abschliessend kündigte Schläpfer an, dass sie in der nächsten Session einen Vorstoss für das Verbot des Tragens von Kopftüchern bis 16 Jahren an den Schulen einreichen wird: «In Frankreich kennt man das Kopftuchverbot schon seit 22 Jahren.»

SVP BEZIRK MEILEN

SVP-Bezirksvorstand Meilen tagt im historischen Weinkeller

Gleich zu Jahresbeginn lud SVP-Bezirkspräsident Marc Wachter zur ersten Ausschuss- und Vorstandssitzung ein. Er setzte letzte klare Ziele für erfolgreiche Gemeindevahlen am 8. März 2026 und skizzierte die ersten strategischen Vorbereitungen für die Kantonsratswahlen im Frühjahr 2027.

Im kühlen Weinkeller entstanden coole, starke und überzeugende Ideen für den letzten Feinschliff der Gemeindevahlen 2026. Die Ortssektionen im Bezirk sind bestens vorbereitet und geschlossen davon überzeugt, dass die partiierten Kandidatinnen und Kandidaten bei den Wahlen erfolgreich abschneiden werden. Gleichzeitig ist die Motivation hoch, um in den verbleibenden zwei Monaten einen kraftvollen und konsequenten Wahlkampf zu führen.

Ebenso stimmt die Grosswetterlage: Klimahysterie und Corona sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Heute sor-

gen sich die Menschen um ihre Arbeitsplätze, um die zunehmend ausgehöhlten Sozialwerke, um den ins Ausland verschickten Wohlstand und um die stetig steigenden Lebenshaltungskosten. Das

über den härter gewordenen Alltag. Die Bürgerinnen und Bürger erwachen aus den rotgrünen Träumereien. Es herrscht Hoffnung und Gewissheit, dass der Wendepunkt erreicht ist. Das breit abgestützte Kandidatenfeld in den einzelnen 11 Gemeinden im Bezirk Meilen ist bereit, diese nun notwendigen Kurskorrekturen einzuläutern und in den jeweiligen Bereichen auch konsequent durchzusetzen.

«Die derzeitige politische Grosswetterlage stimmt für die SVP.»

Sicherheitsbedürfnis, global wie direkt vor der eigenen Haustüre, nimmt spürbar zu. Viele diskutieren wieder ernsthaft

Marc Wachter,
Präsident SVP Bezirk Meilen und
Aaron Gafner,
Präsident SVP Hombrechtikon



Die SVP Bezirk Meilen ist bestens vorbereitet und überzeugt, bei den Wahlen erfolgreich abzuschneiden.

Bild: zvg

Klima-Schuldenfonds:
MASSIVE STEUERERHÖHUNG!

SAFTIGE RECHNUNG
+2.5% MEHRWERTSTEUER
-1280 CHF/Jahr

28% STEUER!

Mittelstand ruiniert!
UNBEZAHLBAR

SCHULDEN

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



SVP-Bezirksvizepräsident Sven Kollbrunner bedankte sich bei Therese Schläpfer für ihren spannenden Rück- und auch Ausblick.

Bild: zvg

Endlich mehr Geld für uns alle!

Steigende Krankenkassenprämien. Steigende Mieten. Immer mehr Menschen bleibt immer weniger Geld zum Leben. Die Gebühren-Senkungs-Initiative senkt die SRG-Gebühren von 335 Fr. auf 200 Fr. pro Jahr. Damit bleibt uns allen Jahr für Jahr mehr im Portemonnaie.

SRG 200.- sind genug! JA

www.srg-initiative.ch

SVP MARTHALEN-BENKEN

Januarhöck mit politischem Fondueplausch

Am diesjährigen Januarhöck mit Fondue der SVP Marthalen-Benken waren Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Paul Mayer die Gastreferenten.

RoMü. Am vergangenen Samstagabend hatte die SVP-Sektion Marthalen-Benken zu ihrem traditionellen Januarhöck mit spannenden Referaten eingeladen. «Das neue Jahr hat schlecht begonnen. Jetzt müssen die Ereignisse aber zuerst aufgearbeitet werden», führte Nationalrat Mauro Tuena einleitend aus. Erst danach sind, wenn nötig, politische Entscheide zu treffen. Dies auch mit Blick auf mögliche Versäumnisse der Gemeinde und Behörden, welche geltendes Recht allenfalls nicht umgesetzt haben.

«Für die SVP stehen im laufenden Jahr politisch gute Themen an, während die Gegner schlecht aufgestellt sind», hielt Tuena mit Blick auf die anstehenden Urnengänge am 8. März fest. Doch dafür braucht die Partei Leute, welche sich an der Front für diese Vorlagen einsetzen. Dabei machte er deutlich, dass Plakate, Flyer und die sozialen Medien nicht reichen, um Abstimmungen zu gewinnen. Gerade in der Grossagglomeration Zürich weiss man, was die Folgen einer überbordenden Einwanderung sind. Er sprach dabei von einem Dichtstress in den Zügen oder auch auf den Strassen.

Zugleich stehen im kommenden Frühling bereits auch die Gemeindevahlen an und 2027 folgt ein Superwahljahr mit den Regierungs- und Kantonsratswahlen im Frühling sowie den Wahlen für den National- und Ständerat im Herbst. Hier sieht Tuena für die SVP grosse Chancen mit ihren Themen. Denn diese brennen den Bürgern auch unter den Nägeln und die SVP nimmt diese Sorgen ernst.

«Man weiss heute, wo jede Kuh in der Schweiz steht, bei illegal eingereisten Personen weiss man es nicht», stellte Tuena fest. Zudem kennen die Kriminaltouristen jeden offenen Grenzübergang. Deshalb ist es für Tuena wichtig, dass man hier politisch Druck aufsetzt. So muss mit der Volksinitiative «Keine

10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeitsinitiative) die masslose Einwanderung gestoppt werden, indem man diese wieder bedarfsgerecht selber steuert. «Wir machen hier die Arbeit nicht für uns, sondern der Sache wegen», so Tuena's Schlusswort.

Alles im Griff und trotzdem offene Fragen

Grundsätzlich stimmen für Kantonsrat Paul Mayer viele Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Wirtschaftskanton. Er bietet dafür mit dem global ausgerichteten Flughafen, der hervorragenden Erreichbarkeit dank zentraler Lage sowie mit der ETH, der Universität und den Fachhochschulen ideale Rahmenbedingungen. Doch auch die Rechtssicherheit und tiefe Steuerlast für den Bürger tragen zur Attraktivität bei. «Jeder in die Standortförderung investierte Franken bringt das 13-Fache als Steuersubstrat», hielt Mayer fest.

Trotz einem sehr starken Finanzplatz macht sich Mayer aber betreffend die Staatsausgaben Sorgen. Sie sind in den letzten Jahren mit drei Prozent überdurchschnittlich gewachsen. Obwohl eigentlich eine Reduktion des kantonalen Steuerfusses von fünf Prozent in Reichweite gelegen wäre, hat zum Bedauern von Mayer die Mitte nur für drei Prozent Hand geboten. Gemäss den vorhandenen Kenntnissen weiss man aber, dass nach einer Senkung des Steuerfusses die Steuererträge steigen. Rückblickend auf die Budgetdebatte rief er in Erinnerung, dass der Kanton im laufenden Jahr 2040 Millionen Franken ausgeben wird. Dies entspricht in etwa einem Jahreszuwachs von 725 Millionen und seit 2019 gar von 3,5 Milliarden Franken. Sparen ist ein Fremdwort.

Mit Blick auf aktuelle politische Themen verwies Mayer auf verschiedene Vorlagen rund um die Wohnungsnot.

«Alle politischen Vorlagen bringen keine einzige Wohnung mehr. Diese führen vielmehr zu einer Zementierung wie in Basel, wo nur noch ein Viertel des bisherigen Wohnungsbaus realisiert wird», rief Mayer in Erinnerung.

Verschiedene Baustellen im Weinland

«Der Kanton soll zeigen, wie sich allenfalls die Deponie in Trüllikon bezüglich der Zufahrt erschliessen lässt», führte Mayer anlässlich eines von drei Weinländer Kantonsräten eingereichten Vostosses aus. Denn diese Deponie nördlich von Trüllikon und direkt angrenzend an das thurgauische Schlatt lässt sich nur sehr schlecht umsetzen. Doch für ihn sind auch die Ortsdurchfahrten von Ossingen und Flaach immer noch nicht gelöst und verlangen Alternativen. Schlussendlich steht auch mit der Abstimmung über die Prämiensenkungsinitiative eine Vorlage aus seiner Küche an, wo er gute Chancen sieht, diese zu gewinnen.

Zugleich informierte Gemeindepräsident Matthias Stutz über die anstehenden Behördenwahlen in Marthalen. Für den Gemeinderat konnten für die vier Vakanzen neue Kandidaten gefunden werden. Doch auch bei der Rechnungsprüfungskommission und der Primarschulpflege liegen für alle Sitze erfreulicherweise entsprechende bisherige und neue Wahlvorschläge vor. Hingegen liegen für die einzige Vakanz in der Schulpflege der Sekundarschulgemeinde gleich drei Vorschläge aus Marthalen vor. Er plädierte dafür, dass man dafür sorgen sollte, dass auch weiterhin alle vier Gemeinden in der fünfköpfigen Schulpflege vertreten sind. Abschliessend dankte er der SVP und den weiteren Kreisen, welche im Vorfeld diese Wahlen vorbereitet und die entsprechenden Kandidaten gesucht haben.



v.l.n.r.: SVP-Bezirksparteipräsident Stefan Stutz, Kantonsrat Paul Mayer, Nationalrat Mauro Tuena, SVP-Gemeindepräsident Matthias Stutz, SVP-Sektionspräsident Björn Hug und SVP-Gemeinderat Hans Weidmann. Bild: zVg

ES GEHT UM DIE SCHWEIZ

«Geisteskrank»

Angesichts der die Schweiz vernichtenden EU-Verträge schrieb ich einst, «nur ein Geisteskranker» könne solche Verträge unterschreiben.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

nünftiges, irrationales und unsinniges Verhalten verwendet. Genauso war es gemeint, denn ich halte die vorgesehene Anbindung an die EU tatsächlich für unvernünftig, irrational und unsinnig.

Trotzdem: Man sollte den Begriff «geisteskrank» so nicht gebrauchen, wie ich es tat. Denn es trifft Menschen, die man nicht treffen will. Falls ich dies getan haben sollte, tut es mir leid.

Der Kritiker meiner Wortwahl bat mich, das Thema in einer Kolumne zu behandeln, was ich hiermit getan habe. Jetzt hoffe ich einfach auf genügend mündige, intelligente Bürgerinnen und Bürger, welche die EU-Unterwerfungsverträge an der Urne ablehnen. Von den meisten Politikern ist diesbezüglich leider nichts zu erwarten. Es geht 2027 oder 2028 nicht um mich und auch nicht um meine Partei. Es geht um die Schweiz.

Daraufhin schrieb mir der Präsident einer Ostschweizer Vereinigung «Angehöriger und Vertrauter von Menschen mit psychischen Erkrankungen», ich hätte damit einen Begriff verwendet, der heute als überholt, despektierlich und diskriminierend betrachtet würde.

Für mich bedeutete bis dahin das Wort «geisteskrank» einfach den Überbegriff für psychische Störungen. Ich habe die Bezeichnung in meiner Kolumne nicht im medizinisch-psychiatrischen Sinn verwendet, sondern umgangssprachlich. Und in der Umgangssprache wird der Begriff auch für unver-



Für den Erhalt unserer schönen Schweiz muss der EU-Unterwerfungsvertrag abgelehnt werden.

Bild: Adobe Stock

 Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich



«Ja zur Schweiz»
Sponsoren- und Gönneranlass für alle Interessierten!



Mittwoch, 28. Januar 2026
18.00 Uhr Türöffnung und Apéro
18.30 Uhr Spaghetti-Plausch
19.30 Uhr Referat Marcel Dettling
ab 20.00 Uhr Boccia

Ristorante Da Maria
Gschwaderstrasse 123, 8610 Uster



Nationalrat Marcel Dettling
Präsident SVP Schweiz
Als Schwyzer Landwirt, Mitglied der Parteileitung und versierter Wahlkämpfer verbindet er Bodenständigkeit mit politischem Gespür – und setzt sich mit Klartext und Überzeugung für freiheitliche und bürgerliche Werte ein.

Herzlichen Dank! Mit Ihrer Teilnahme und einem Unkostenbeitrag von CHF 99.- unterstützen Sie die Politik der SVP Uster.

Anmeldungen an
Präsident Daniel Schnyder
daniel.schnyder@svp-uster.ch





SVP
Ehrlich. Engagiert. Für Uster.


Einladung zur

41. Schwamedinger Lichtmess


mit Kantonsrat und Stapi-Kandidat Ueli Bamert


Samstag, 31. Januar 2026
um 14.00 Uhr Ziegelhöhe Schwamendingen

Die Besucher sind herzlich eingeladen zu einer feinen Suppe, Wurst und Brot.
Mir freuet eus uf dich! Dini SVP Züri Kreis12



«Steige auf den Holzbock und sage deine Meinung!»





SVP
Die Partei des Mitbestimmens

Fadegrad



von
Anita Borer

Grenzenlos verantwortungslos

Grenzenlosigkeit ist schön – wenn es um grenzenlose Liebe oder persönlich empfundene Freiheit geht. In der Realität gibt es Grenzen – zum Glück! Ohne Grenzen gäbe es keinen Anfang und kein Ende. Ohne Grenzen würde Chaos herrschen.

Unsere Gesellschaft funktioniert, weil sie Grenzen kennt. Im Alltag leben wir damit Tag für Tag. Eigentumsrechte ziehen klare Grenzen, um vor staatlicher Willkür zu schützen. Tempolimiten auf Strassen begrenzen die Geschwindigkeit und schützen Leben. Klare Zuständigkeiten im Beruf grenzen das Arbeitsfeld ein und schaffen Verantwortung. Die Limite auf dem Konto setzt Grenzen, nicht mehr auszugeben, als man hat. Und auch Kinder brauchen Grenzen, damit sie zu rücksichtsvollen Mitmenschen heranwachsen. Grenzen sind also nichts Aussergewöhnliches. Sie sind Voraussetzung für Ordnung und Zusammenhalt. Doch ausgerechnet dort, wo es um das grosse Ganze, ums Eingemachte geht, weigert sich ein Grossteil der Politik, klare Grenzen zu ziehen.

Bei der Zuwanderung scheint alles grenzenlos zu sein. Strassen und ÖV sind überfüllt, Schulen überfordert, der Wohnraum knapp, die Infrastruktur überlastet, die Kriminalität nimmt stetig zu. Wer grenzenlose Zuwanderung zulässt, handelt nicht grosszügig, sondern verantwortungslos. Verantwortung bedeutet, zu wissen, was ein System tragen kann – und wo seine Belastungsgrenze erreicht ist.

Dasselbe Muster zeigt sich in der Europapolitik. Auch bei den Verhandlungen mit der EU setzen unsere Bundespolitiker – von links bis weit ins bürgerliche Lager – keine Grenzen. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag soll unsere Souveränität in wichtigen Fragen preisgegeben werden. Wir sollen uns fremde, aussernde, wirtschafts- und wohlstandsschädigende Bürokratie aufladen, nur um ja nicht anzuecken.

Dabei ist klar: Grenzen sind ein Zeichen von Weitsicht. Sie geben Halt, schaffen Zuständigkeit und damit Verlässlichkeit. Sie ermöglichen Freiheit überhaupt erst. Wer Grenzen setzt, übernimmt Verantwortung und verschafft sich Respekt – im Beruf, im Privatleben und in der Politik.

Es ist an der Zeit, dort klare Grenzen zu setzen, wo sie fehlen: Bei der masslosen Zuwanderung und bei den schädlichen EU-Verträgen. Darum braucht es ein kräftiges JA zur Nachhaltigkeits-Initiative am 14. Juni 2026 und ein wichtiges NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag. Stehen wir ein für eine Schweiz, die ihre Grenzen kennt, danach handelt und Verantwortung für ihre Bevölkerung übernimmt.

BERICHT AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linksextreme greifen SVP-Volksvertreter nun sogar im privaten Umfeld an

Es ist ein Tiefpunkt und eine neue Eskalationsstufe: Linksextreme beschmieren Wohngebäude von Stadtzürcher SVP-Politikern. In einem Fall ist sogar sein Name auf den Türklingeln mit roter Farbe durchgestrichen worden. «Wir wissen, wo ihr wohnt», soll die Botschaft sein. Der betroffene Politiker fragte im TeleZüri-Beitrag: «Muss ich nun auch abends im Freien mit Angriffen rechnen?» Linksextreme versuchen, die SVP mundtot zu machen und greifen damit die Demokratie an.

Wer keine Argumente mehr hat, greift mitunter zur Gewalt. Eine ganze Serie von linksextremen Angriffen auf die SVP und deren Volksvertreter erschüttert in den letzten Monaten immer wieder das demokratische Selbstverständnis der Stadt Zürich – oder gar des ganzen Landes. In allen Landessprachen sind Nachrichten zu den linksextremen Anschlägen erschienen. Wir Schweizer

sind zu Recht stolz auf unsere direkt-demokratische Debattenkultur. Gewalt hat hier keinen Millimeter Platz, die linken Angriffe müssen aufhören.

Anschlagsserie gegen die SVP

In Höngg wurden ein Stand und die anwesenden Volksvertreter angegriffen. Eine Verurteilung folgte. In Schwamendingen wurde eine ganze Chilbi-Infrastruktur

der SVP von Linksextremen mit brachialer Gewalt kurz und klein geschlagen. Es folgte ein Angriff auf einen weiteren gewählten Volksvertreter und auf die Präsidentin des Quartiervereins. Und nun: Die Beschmierungen der Wohnhäuser der SVP-Volksvertreter. Dass die Angriffe auf offener Strasse erfolgen, ist bereits demokratiefeindlich. Doch nun zielen Linksextreme sogar auf das Privatleben.

Mancher fragt sich: Sind im rotgrünen Polit-Zürich demokratische Wahlen überhaupt noch gewährleistet? Wir dürfen den Linksextremen aber weder auf den Leim gehen noch lässt sich die SVP einschüchtern.

Für Land und Leute

In der Stadt Zürich herrschen echte Probleme vor, die es zu lösen gilt. Die masslose Zuwanderung; eine exorbitante Verschuldung durch die Casino-Finanzpolitik der Linken; Mieten, die aufgrund des Zuwanderungsdrucks durch die Decke gehen; eine Staatsverwaltung, die wächst und wächst. Die SVP wird weiterhin Sachpolitik machen, die Missstände offen ansprechen und um das Vertrauen der Bevölkerung bitten. Gibt es in vielen politischen Berei-

«Sind im rotgrünen Polit-Zürich demokratische Wahlen überhaupt noch gewährleistet?»

chen keine Kurskorrekturen, geht die Schweiz kaputt. Die SVP setzt sich für Land und Leute ein.

Linksextreme an den Urnen stoppen

Wir erwarten vom Sicherheitsdepartement und von den nationalen Sicherheitsbehörden, dass gegen die linksextremen Gewalttäter rigoros vorgegangen wird und die SVP ihre demokratischen Rechte ungehindert wahrnehmen kann. Die öffentliche Sicherheit muss wieder hergestellt und die Täter müssen bestraft werden. Zeigen wir den linken Demokratiefeinden, wo der Hammer hängt, indem die SVP bei den Gesamterneuerungswahlen vom 8. März die Wahlsiegerin ist.



Linksextreme Anschlagsserie gegen die SVP – die Antwort muss heissen: Mehr SVP am 8. März. Wir müssen die Wahlen gewinnen und die Freiheit auch in der Stadt Zürich verteidigen!

Bild: zVg

Gemeinderatsfraktion der SVP

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Mitbestimmung bei Temporeduktionen – SVP-Initiative zeigt erste Wirkungen

Bei Fragen zum Strassenverkehr ist die SVP Dübendorf eine Macht. Noch nie wurde eine Abstimmung zu diesem Thema – und es gab schon einige – verloren. Leider war es aber in der Vergangenheit so wie in den meisten Gemeinden, dass nur wenige Fragen zu Temporeduktionen dem Parlament oder dem Volk vorgelegt wurden.



Patrick Walder
Kantonsrat, Gemeinderat
und Präsident SVP
Dübendorf

Aus diesem Grund lancierte und gewann die SVP Dübendorf die Initiative «Mitbestimmen bei Temporeduktionen». In Dübendorf müssen so neu alle dauerhaften Temporeduktionen auf Gemeindestrassen mittels referendumsfähigen Beschlusses dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Aktuell werden in Dübendorf aus den Quartieren sehr viele Petitionen betreffend Temporeduktionen dem Stadtrat übergeben. In der Vergangenheit wären diese Vorstösse einzelner Quartierbewohner durch die Exekutive einfach umgesetzt worden. Neu, nach Annahme unserer Initiative, müssen diese dem Gemeinderat vorgelegt werden.

SVP-Initiative zeigt Wirkung

Wie wichtig unsere Initiative ist, zeigte in jüngster Vergangenheit die geplante Einführung von Tempo 30 im Weiler «Gfenn». Auch dort wurde eine Petition für eine flächendeckende Temporeduktion eingereicht und auch in diesem expliziten Fall wollte der Stadtrat, ohne sich gross Gedanken zu machen, dies so einführen.

Die vorberatende Kommission hat sich im Gegenzug zum Stadtrat vertieft mit der Frage auseinandergesetzt. So wurde seitens SVP festgestellt, dass

ein wichtiger Teil des Quartiers fehlt, hingegen eine übersichtliche Gerade in die Pläne einbezogen wurde. Bei übersichtlichen, geraden Strecken rechtfertigt sich eine Tempo-30-Strecke nicht. Genau bei solchen Strecken ist der ständige Blick auf den Tacho gefährlicher als die Differenz zwischen Tempo 50 und Tempo 30. Da diese Strasse auch intensiv vom Gewerbe genutzt wird, muss davon ausgegangen werden, dass sich entweder der Stadtrat zu wenige Gedanken dazu gemacht oder es als bewusste Bussen-Einnahmequelle ins Projekt integriert hat.

Nur dank unserer Initiative können wir dies nun in Dübendorf diskutieren. Unsere Argumente haben dabei derart überzeugt, dass die vorberatende Kommission diesen zustimmt. Nun liegt es am Gemeinderat, dies an der nächsten Gemeinderatssitzung zu bestätigen.

Demokratische Legitimierung erhöhen

Dieses Geschäft ist der beste Beweis dafür, dass die schlussendliche Kompetenz zu Temporeduktionen ins Parlament und nicht in die Exekutive gehört. Mit dem Parlamentsentscheid wird eine Einführung durch eine Mehrheit des 40-köpfigen Gremiums legitimiert; beim Stadtrat nur durch die Mehrheit eines siebenköpfigen Gremiums.

Das Parlament prüft die Geschäfte nachweislich detaillierter, da deren Beschlüsse und das Stimmverhalten auch der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Und als wichtiger Schlusspunkt: Sollte das Parlament am Volk vorbei po-

litisieren, kann das Vorhaben mittels Referendum vors Volk gebracht werden.

Diese Vorteile können aber nur ausgespielt werden, wenn die Vertreter im Parlament auch seriöse Arbeit leisten. Wenn diese nämlich nur abnicken, was die Exekutive vorgibt, dann bringt es überhaupt nichts.

Starke SVP in den Gemeinden zentral

Genau aus diesem Grund ist die SVP Dübendorf auch stolz, dass sie der Bevölkerung eine Gemeinderatsliste mit

hervorragenden Kandidaten für die Wahlen am 12. April präsentieren kann. Mit dem Ziel, im Gemeinderat zuzulegen, sollte es der SVP dann vielleicht sogar wieder möglich sein, das Parlamentsreferendum eigenständig zu ergreifen. Ob dies gelungen ist, werden wir nach den Wahlen sehen.

Mit dem JA zur Mobilitätsinitiative ist klar: Die Bevölkerung steht hinter der Verkehrspolitik der SVP. Daher sollen auch andere Sektionen den Mut haben, die Initiative «Mitbestimmen bei Temporeduktionen» einzureichen. Die SVP Dübendorf stellt hierzu über das Sekretariat der SVP des Kantons Zürich gerne die nötigen Vorlagen zur Verfügung.



Dank der SVP hat in Dübendorf das Volk das letzte Wort über Tempobeschränkungen.

Bild: Adobe Stock

EINBEZUG DER BEVÖLKERUNG HAT PRIORITÄT

Stammheim bleibt beim Widerstand gegen Windräder

Mit einer Anpassung der Gemeindeordnung will Stammheim den Bürgern bezüglich eines möglichen Standorts für Windräder auf dem Gemeindegebiet das letzte Wort ermöglichen.

RoMü. An der Gemeindeversammlung in Oberstammheim hat Gemeinderat Simon Bachmann über den aktuellen Stand betreffend den geplanten Windenergiepark informiert. «Bezüglich des Richtplaneintrags Gebiet Stammerberg hat sich gemäss Antrag des Regierungsrates fast nichts geändert», hielt Bachmann fest. Nun geht der kantonale Richtplan mit diesen Einträgen in einem nächsten Schritt in die Beratung und zur Beschlussfassung des Kantonsrates. «Wir planen nun das Gespräch mit anderen Gemeinden und den Einbezug der Bevölkerung», kündigte Bachmann an.

Ein Grossteil der möglichen Standorte der Windkraftanlagen auf dem Stammerberg sind im Eigentum der Gemeinde. Hier zeigte sich für den Gemeinderat, dass die Kompetenzen für den Beschluss für oder gegen das Zulassen von Windenergieanlagen auf dem Land der

Gemeinde zu wenig klar geregelt sind. So ist bei einer möglichen Befürwortung offen, ob der Gemeinderat allein oder die Gemeindeversammlung zuständig ist. Auch bei einer ablehnenden Haltung zeigte Bachmann auf, dass es bezüglich des möglichen Einnahmeverzichtes offene Fragen gibt. Je nach dessen Höhe liegt dieser in der Kompetenz von Gemeinderat, Gemeindeversammlung oder bedarf einer Urnenabstimmung. Der Gemeinderat macht nun Nägel mit Köpfen und will die Gemeindeordnung entsprechend anpassen, so dass der Entscheid in allen Varianten und Fällen an der Urne gefällt werden kann. Entsprechend legt der Gemeinderat bereits am nächsten Abstimmungssonntag, dem 8. März, die entsprechend angepasste Gemeindeordnung den Stimmbürgern an der Urne vor.

Auswirkungen auch auf Thurgauer Nachbarschaft

Die geplanten acht Windkraftanlagen auf der Hochebene des Stammerberges haben aber auch direkte Auswirkungen auf die angrenzenden Thurgauer Gemeinden Kaltenbach (Etwilen, Kaltenbach) und Hüttwilen (Nussbaumen). Sie grenzen im Norden und Osten an das grosse zusammenhängende Waldgebiet auf der Hochebene mit den ebenfalls bewaldeten Hängen an. Sie sind betreffend Landschaftsbild mit den bis zu acht geplanten rund 220 Meter hohen Windkraftanlagen ebenfalls gleich betroffen. Zudem nutzen sie auch das reichlich vorhandene wertvolle Quellwasser aus dem gesamten Perimeter. Der Widerstand der Stammheimer Behörden wird auch entsprechend bei jenen im Thurgau auf offene Ohren stossen.



Der Gemeinderat Stammheim wehrt sich weiterhin gegen den geplanten Windkraftpark auf dem Stammerberg und will, dass die Bevölkerung das letzte Wort hat.

Bild: zVg

Würdigung von Werner Gubser

Haltung, Humor und Herz – Abschied von einem Bürger, der Verantwortung lebte

Werner Gubser, geboren am 19. Dezember 1936, gestorben am 9. Januar 2026, ist gegangen, wie er gelebt hat: still, aufrecht und ohne grosses Aufsehen. Kein letztes Wort, kein dramatischer Abgang. Einfach ein leiser Abschied von seinen Liebsten. Und doch bleibt viel zurück. Sehr viel.

Man erkannte ihn sofort an seinem markanten Schnauz, dem verschmitzten Lächeln und dem vertrauenerweckenden Blick. Liebevoll nannte man ihn Werni. Einer von uns. Einer, den man kannte, schätzte, dem man vertraute. Er war nie laut, aber präsent. Nie eitel, aber prägend.

Seine politische Arbeit war kein Selbstzweck. Er diente der Stadt Zürich vom 5. Juni 1991 bis 17. Mai 1995 als Gemeinderat für den Kreis 12 und vertrat vom 2. April 1995 bis 30. Mai 1999 als Kantonsrat die Kreise 11 und 12. Politik verstand er stets als Dienst an der Gemeinschaft. Seine Vorstösse waren Ausdruck dieses Denkens: sachlich, konkret, am Alltag orientiert. Polizeiposten, Uniformen, Infrastruktur – keine Schlagworte, sondern Verantwortung. Kein ideologisches Getöse, sondern gesunder Menschenverstand. Werner Gubser fragte nach dem Sinn, nach Zweck und Wirkung staatlichen Handelns. Und er tat es mit Geradheit.

Was ihn dabei besonders glaubwürdig machte: Auch beruflich stellte er den Menschen stets ins Zentrum. Als Detektiv-Wachtmeister der Kantonspolizei Zürich war er viele Jahre im Dienst der öffentlichen Sicherheit



tätig. Pflichtbewusstsein, Korrektheit und menschliches Augenmass prägten sein Handeln. Der Polizeiberuf war für ihn keine Machtausübung, sondern gelebte Verantwortung. Zuhören, Schützen und Helfen bestimmten sein Verständnis von Dienst. Diese Haltung prägte auch sein politisches Wirken.

Er dachte eigenständig, handelte bürgerlich und blieb dabei stets korrekt. Er war kein Mann des modischen Zeitgeists, keiner, der sich verbog, um Beifall zu bekommen. Er sagte, was er für richtig hielt – auch wenn der Widerstand gross war. Gerade deshalb wurde er respektiert.

Haltung war für ihn kein Wort, sondern eine Lebensform.

In der SVP Schwamendingen war Werni eine Leitfigur. Einer, der anpackte. Einer, der vorne stand, wenn Arbeit wartete. Chilbi, Standaktionen, Anlässe – mit ihm machte Politik Freude. Sein Humor steckte an, seine Zuversicht ebenso. Christian Mettler nennt ihn seinen politischen Götti und Wegbereiter. Das sagt alles: Werni förderte, trug und ermutigte.

Bis zuletzt blieb er voller Optimismus, Lebensfreude und Wärme. Er hatte ein grosses Herz für alle. Ihm ging es um das Ganze, um das Gemeinwohl und um die Menschen. Er war seiner Heimat verbunden, politisch engagiert bis ins hohe Alter und sich selbst immer treu.

Sein Tod hinterlässt eine schmerzliche Lücke – in der Partei, in Schwamendingen und in den Herzen all jener, die ihn kannten und schätzten. Am schwersten aber wiegt sein Fehlen für seine Familie, der er stets Halt und menschliche Wärme schenkte. Was bleibt, ist tiefe Dankbarkeit für alles, was er gegeben hat, und die bleibende Erinnerung an einen Mann, der mit Haltung, Humor und Menschlichkeit verstand und vorlebte, dass Politik dem Menschen dienen soll und nicht dazu da ist, sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen.

Lieber Werni, du bleibst unvergessen.

Markus Weidmann,
Präsident SVP Zürich Kreis12

LESERBRIEF

Nationale Gedenkfeier in Martigny – Wo blieb die Verkündigung der christlichen Botschaft?

Die nationale, offizielle Zeremonie im Gedenken an die in der Silvesternacht im Wallis tragisch Verstorbenen und deren Hinterbliebenen sowie die Rettungskräfte von Feuerwehr und Polizei bis hin zu den Spitälern, Ärzten und dem Pflegepersonal verlief dem unfassbaren Geschehen angemessen würdig und war auch landesweit für die Mittrauernden ergreifend.

Was mich persönlich und möglicherweise auch noch ein weiteres Häuflein von Zeitgenossen beim feierlichen Anlass in Martigny irritierte, war einzig und allein das Fehlen der physisch verbalen Präsenz unserer Landeskirchen und damit die Verkündigung der christlichen Froh-Botschaft. Nach meinem Empfinden ist das Vorlesen eines von

der Präsidentin der Evangelischen Kirchen Schweiz verfassten «Gebetes» durch eine Schauspielerin viel zu dürftig; umso mehr, als dass der Text gerade so gut der Feder eines weltlichen Literaten hätte entspringen sein können. Wen wundert es da noch, wenn unsere Landeskirchen weder seitens der Behörden noch der breiten Bevölkerung kaum noch wahrgenommen werden wollen und ihnen die Mitglieder zunehmend davonlaufen! Das müsste nicht sein.

Geradezu ein Wunder, dass mit Rücksicht auf Multikulti das Kirchengeläut – wenigstens einstweilen – noch nicht abgeschafft wurde.

Heinz Sommer, Uster

INDIVIDUALBESTEUERUNG

Ein teures Experiment zulasten von Familien und Mittelstand

Als Treuhänder befasse ich mich tagtäglich mit Steuererklärungen, Familienbudgets und der finanziellen Realität von Ehepaaren und Familien. Ich sehe nicht theoretische Modelle, sondern konkrete Zahlen auf dem Tisch. Genau deshalb sage ich klar und unmissverständlich: Die geplante Individualbesteuerung ist der falsche Weg.



Marc Bochsler
Kantonsrat SVP
Wettswil am Albis

Was als modern, gerecht und gleichstehend angepriesen wird, entpuppt sich in der Praxis als systematische Benachteiligung von Familien. Besonders betroffen sind Einverdiener- und Teilzeitfamilien mit Kindern – also genau jene Haushalte, die Verantwortung übernehmen, Betreuungsarbeit leisten und unsere Gesellschaft tragen. Während Doppelverdiener mit ähnlichen Einkommen und kinderlose Haushalte profitieren, zahlen viele klassische Familien künftig mehr.

Ein zentraler Schwachpunkt ist die geplante hälftige Aufteilung der Kinderabzüge. In meiner täglichen Arbeit sehe ich klar, was das bedeutet: Bei Familien mit nur einem relevanten Einkommen kann ein Teil dieser Abzüge gar nicht genutzt werden, weil der zweite Elternteil kaum oder keine Steuern zahlt. Die Kosten für Kinder fallen aber voll an – unabhängig von der Einkommensaufteilung. Das ist weder gerecht noch familienfreundlich, sondern schlicht realitätsfremd.

Grosser Mehraufwand für Ehepaare

Hinzu kommt ein weiterer Punkt, der im politischen Diskurs kaum erwähnt wird, in der Praxis aber enormen Aufwand verursacht: Ehepaare müssten

für die Steuererklärung faktisch jedes Jahr eine Art steuerliche «Scheidung» vollziehen. Einkommen, Vermögen, Vorsorge, Abzüge und Kinderkosten müssten detailliert auseinanderdividiert werden, um zwei separate Steuererklärungen korrekt auszufüllen. Das ist nicht nur lebensfremd, sondern erhöht den administrativen Aufwand und die Fehleranfälligkeit massiv.

Hinzu kommen die massiven finanziellen Folgen für Bund und Kantone. Die Reform verursacht Steuerausfälle von rund einer Milliarde Franken pro Jahr. Wer die Budgetdebatten verfolgt, weiss: Die politischen Mehrheiten wollen nicht sparen. Dieses Loch wird also nicht verschwinden, sondern früher oder später durch höhere Steuern, neue Abgaben oder schleichende Mehrbelastungen des Mittelstands gestopft.

Bürokratiemonster sondergleichen

Auch das Versprechen eines einfacheren Steuersystems hält nicht stand. Millionen zusätzlicher Steuererklärungen, neue Tarife und Gesetzesanpassungen in allen Kantonen bedeuten mehr Bürokratie, mehr Kosten und mehr Aufwand – sowohl für die Verwaltung als auch für die Steuerpflichtigen.

Ja, die sogenannte Heiratsstrafe muss korrigiert werden. Das ist unbestritten. Aber gezielt, fair und ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Ein Steuersystem darf Familien nicht erziehen und unterschiedliche Lebensmodelle nicht gegeneinander ausspielen.

Darum empfehle ich am 8. März 2026 ein klares und überzeugtes NEIN zur Individualbesteuerung.



Bei Annahme der Vorlage würden Ehepaare neu wie geschiedene Personen behandelt.

Bild: Pexels

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Dänikon
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Anna Stüssi Haus, Oberdorfstrasse 3, Dänikon, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Dietikon/Schlieren
Montag, 19. Januar 2026, 19.00 Uhr, Veranstaltung zur Kompass-Initiative, Stürmeierhuus, Freiestrasse 14, Schlieren.

Bezirk Uster/Uster
Mittwoch, 28. Januar 2026, 18.00 Uhr, Sponsoren- und Gönneranlass, Spaghettiplausch und Boccia, Ristorante Da Maria, Gschwaderstrasse 123, Uster, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz. Unkostenbeitrag: 99 Franken. Anmeldung an daniel.schnyder@svp-uster.ch.

Bezirk Uster/Volketswil
Freitag, 30. Januar 2026, 19.00 Uhr, Raclette-Plausch, Gemeinschaftszentrum, In der Au 1, Volketswil. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 27. Januar 2026 an info@svp-volketswil.ch.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Freitag, 30. Januar 2026, 18.15 Uhr, SVP-Jassturnier, Mehrzweckhalle, Schulstrasse 24, Hettlingen. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 25. Januar 2026 an rj-buechi@bluewin.ch.

Bezirk Winterthur/Turbenthal
Freitag, 6. Februar 2026, 18.00 Uhr, SVP-Metzgete, Armbrustschützenhaus, Käppelweg 20, Turbenthal, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich, und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Reservationen unter 077 535 2098.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zvb.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

SVP-STÄMME

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf, Regensberg und Steinmaur
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 17. Januar 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Klusplatz, Zürich.

Samstag, 24. Januar 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 17. Januar 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 24. Januar 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Albisriederhaus, Zürich-Albisrieden.

Samstag, 31. Januar 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 7. Februar 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 14. Februar 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Albisriederhaus, Zürich-Albisrieden.

Samstag, 21. Februar 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 28. Februar 2026, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 17. Januar 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 31. Januar 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 14. Februar 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 21. Februar 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Junge SVP Kanton Zürich/West/City
Samstag, 31. Januar 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 14. Februar 2026, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Bezirk Affoltern/Knonau
Mittwoch, 11. Februar 2026, 19.30 Uhr, British Classic Cars AG, Hasentalstrasse 3, Knonau, mit den Nationalräten Gregor Rutz, Benjamin Giezendanner und Franz Grüter.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Andelfingen/Ossingen
Mittwoch, 21. Januar 2026, 19.30 Uhr, Weinhandlung Wiesendanger, Im Berg 3, Ossingen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Montag, 9. Februar 2026, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Freitag, 13. Februar 2026, 19.30 Uhr, Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31–33, Pfäffikon, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 26. März 2026, 18.30 Uhr, Zeughausareal, Berchtoldstrasse 10, Uster, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Martin Hübscher und Pascal Schmid.

Bezirk Uster/Wangen-Brüttisellen
Montag, 26. Januar 2026, 19.30 Uhr, Gsellhof, Schüracherstrasse 10, Brüttisellen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Montag, 23. März 2026, 18.00 Uhr, Zelglitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

VERANSTALTUNGEN GEGEN DEN EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Gesucht: ZKB-Bankrat

Die SVP-Fraktion des Kantonsrats Zürich sucht auf den 1. September 2026 einen ZKB-Bankrat. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten. Die Erneuerungswahl findet durch den Zürcher Kantonsrat statt.

Wir suchen eine Persönlichkeit als

Mitglied des Bankrats der Zürcher Kantonalbank

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden Sie zusammen mit drei Mitgliedern des Bankpräsidiums und neun weiteren Bankräten das oberste Organ der Zürcher Kantonalbank.

Der Bankrat in Kürze

Der Bankrat wird vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit der Bankräte ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Kenntnisnahme von grossen Risikopositionen und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion. Der Bankrat bildet zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlussfassung verschiedene Ausschüsse. Es sind dies der Prüf-, der Risiko-, der Entschädigungs- und Personalausschuss sowie der IT-Ausschuss.

Anforderungsprofil

Je nach Ausschuss müssen folgende fachlichen Kriterien erfüllt werden:

- Banking: Erfahrungen im Bankenumfeld, idealerweise bei Universalbanken wie ZKB, aber auch breiteres Bankwesen wie Privatbanken, Investmentbanken, Asset Management, Regulatoren/Zentralbanken
- Finance: Verständnis einer Bankbilanz, von Asset Liability Management und Finanzfragestellungen insgesamt
- Risk Financial Services: Erfahrungen mit Risiken, wie sie vor allem in Banken auftreten (Kredit-, Markt-, Zins-, Operationelle (inkl. Reputations-), Business Continuity-Risiken)
- Marktbearbeitung: Erfahrung mit Verantwortung für Verkaufs-, Vertriebs- und sonstigen Kunden-Organisationen (innerhalb und ausserhalb des Bankgeschäftes)
- Legal/Compliance: Erfahrung mit Rechtssystemen/Normen und Compliance Fragestellungen
- IT/Digital: Erfahrungen in diesen Bereichen (Digital z.B. nicht nur auf der Verkaufseite, sondern über die gesamte Prozesskette)
- Beurteilungsfähigkeit Leistungsauftrag (Versorgungs-, Unterstützungs-, Nachhaltigkeitsauftrag)

Allgemeine Kriterien:


- Strategie: Fähigkeit, relevante Beiträge für bereichsübergreifende Strategien oder zumindest für Bereichsstrategien zu leisten
- Zusammenarbeit: Fähigkeit, Zusammenarbeit über Departementsgrenzen und Hierarchiestufen hinweg zu initiieren und zu verbessern
- Führung: Erfahrung in Führungsverantwortung
- Change: Fähigkeit, Veränderungen zu initiieren, voranzutreiben und zum Durchbruch zu verhelfen
- Ein Mitglied des Bankrats muss der Generaldirektion fachlich und persönlich auf Augenhöhe begegnen können, weshalb Erfahrungen auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung zweckmässig sind.

Persönlichkeitsbezogene Anforderungen:

- Integrität, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Professionelle Identifikation, Belastbarkeit, Leistungs- und Verantwortungskultur, zeitliche Verfügbarkeit
- Führungspersönlichkeit auf C-Level oder entsprechendem Potential und mit fundierten Erfahrungen vorzugsweise im Kernbankengeschäft (Retail-Banking, Firmenkundengeschäft und/oder Private Banking)
- Sie sind Mitglied der SVP und haben Wohnsitz im Kanton Zürich.
- Im Hinblick auf Kontinuität und Nachfolgeplanung sind Sie idealerweise jünger als 53 Jahre

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen. Das Arbeitspensum eines Bankrates beträgt ca. 30%.


Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen und Ihr Bewerbungsschreiben. Einsendeschluss ist der 23. Januar 2026. Ihre Bewerbung senden Sie bitte an die Fraktionssekretärin, Marlies Pfister, Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, marlies.pfister@svp-zuerich.ch. Bei Fragen wenden Sie sich an den Präsidenten der Findungskommission, Kantonsrat André Bender, Tel. 079 403 68 49 oder qp.oberenstingen@bluewin.ch.



Die Partei des Mittelstandes

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.



Die Partei des Mittelstandes



Einladung zum SVP Raclette - Plausch

Wann: Freitag, 30. Januar 2026

Wo: Gemeinschaftszentrum in der Au In der Au 1 8604 Volketswil

Zeit: ab 19.00 Uhr

Raclette à Discretion für Fr. 25.00 (inkl. Dessert)



Dejan Malic
Mitglied in der SVP
Danach Volketswil weiterkommen!



Hostettler
Mitglied in der SVP
Danach Volketswil weiterkommen!



Hürlimann
Mitglied in der SVP
Danach Volketswil weiterkommen!



Marty
Mitglied in der SVP
Danach Volketswil weiterkommen!



Cvetic
Mitglied in der SVP
Danach Volketswil weiterkommen!



Dirwächter
Mitglied in der SVP
Danach Volketswil weiterkommen!



Vogt
Mitglied in der SVP
Danach Volketswil weiterkommen!

ANMELDUNG bis 27. Januar 2026 Telefon oder Mail an:

Tel: Maria Rita Marty 076 421 36 36 oder Mail: info@svp-volketswil.ch

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 21. Februar 2026, 09.45 – 16.00 Uhr, Jasscup der SVP Schweiz, Restaurant Breiti, Seebnerstrasse 21, Winkel. Anmeldung bis 10. Februar 2026 unter 031 300 58 58 oder an gs@svp.ch.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschüssen am Samstag, 12. September 2026, Schiessplatz Steinacker, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.msv-marthalen.ch.